

Genossenschaften sollen Goldküste retten

SVP-Politiker wollen mit verbilligten Wohnungen einheimischen Mittelstand halten – gegen die Parteidoktrin

TIMM EUGSTER, Zürich

In den reichen Zürcher Seegemeinden kämpfen Bürgerliche für günstige Wohnungen – damit der Dorfmetzger bleiben kann und die Feuerwehr nicht zusammenbricht. Doch Gegner kritisieren dies als willkürliche Bevorzugung von Einheimischen, und Anwohner befürchten eine «Ghettoisierung».

Was tun mit Familien, die keine 4500 Franken für eine Wohnung zahlen können? Zuschauen, wie sie wegziehen müssen oder einigen Dutzend von ihnen auf Gemeindeland günstige Genossenschaftswohnungen bauen – und dafür auf Millionen-einnahmen durch Landverkauf verzichten? Dürfen diese Leute denn aus ihren verbilligten Stuben den See sehen? Braucht eine Familie wirklich zwei Duschen oder ist das Luxus? Und muss man im Dorf geboren sein, damit man eine Wohnung kriegt? Dies sind Fragen, die in den reichen Gemeinden der Zürcher Goldküste für hitzige Debatten sorgen – Debatten, die das übliche Links-Rechts-Schema sprengen.

Unter den engagiertesten Kämpfern für ein Genossenschafts-Revival an der Goldküste finden sich neben den üblichen SP-Leuten und einigen Freisinnigen erstaunlich viele SVP-Politiker. Zum Beispiel in Küsnacht, wo es am Sonntag zum Showdown zwischen Verfechtern und Kritikern des genossenschaftlichen Wohnungsbaus kommt. Das Volk stimmt über einen Bauvertragsvertrag mit der Baugenossenschaft Zurlinden ab, die 70 Wohnungen erstellen soll. 4,5 Zimmer sollen 2500 Franken kosten statt 4500 auf dem freien Markt. Seesicht gibts keine, dafür zwei Duschen.

FÜR STAMMWÄHLER. «Wir wollen keine Zweiklassengesellschaft» – diesen Satz wiederholt SVP-Gemeinderat Ueli Schlumpf immer wieder, wenn er sich für die Vorlage ins Zeug legt. «Es können nun mal nicht alle Anwälte und Direktoren sein», so der Inhaber einer Zimmerei. «Es braucht auch noch Leute, die arbeiten!» Doch diese könnten sich Eigentumswohnungen ab zwei Millionen Franken oder Mietwohnungen für durchschnittlich 1000 Franken pro Zimmer leisten.

In den Seegemeinden machen Geschichten die Runde wie jene der politisch engagierten alteingesessenen Familie, die nach der Geburt des dritten Kin-

des keine zahlbare grössere Wohnung fand und wegziehen musste. Für das Dorfleben sei diese Entwicklung schlimm, sagt Schlumpf: «Wie sollen wir die freiwillige Feuerwehr, den Seerettungsdienst, das reiche Vereinsleben am Leben erhalten?» Die Neuzuzüger, die nähmen leider kaum am Dorfleben teil.

STAMMWÄHLER. In Meilen war es Roberto Martullo, Präsident der SVP-Ortssektion, ausserdem bekannt als Schwiegersohn von Christoph Blocher, der die Initiative für neue Genossenschaftswohnungen ergriffen hat. «Unsere Stammwähler, mittelständische Gewerblfamilien, drohen auszusterben», warnt Martullo. «Tun wir nichts, leben hier bald nur noch Banker und Versicherungsleute.» Die Neuzuzüger sehe man kaum, viele hätten keine Kinder oder sie schickten sie in eine International School.

Auch für den Dorfmetzger, die Gemeindeangestellten und die Mitarbeiter der Gewerbebetriebe werde es immer schwieriger, im Dorf zu bleiben. Martullo zeichnet folgendes Szenario: «Erst müssen die einfachen Angestellten gehen, dann die Gewerbebetriebe – und am Ende sind wir eine sterile Schlafstadt mit eng aneinandergestellten Blocks von Eigentumswohnungen.»

Scharf kritisiert worden ist Martullo ausgerechnet von einem Mitglied der eigenen SVP-Ortssektion: Von Yves Gadiant, der bei den Wahlen im vergangenen April für den Gemeinderat kandidierte und als Sekretär der mächtigen Kantonalpartei fungiert. «Mit diesem Projekt wird Geld verschleudert, damit eine kleine Gruppe bevorteilt werden kann», zitierte ihn die «Zürichsee-Zeitung» in einem Bericht über ein Wahlpodium, worauf ihn die anderen Kandidaten einen «Neider und Geizkragen» nannten. Heute will sich Gadiant, der übrigens nicht gewählt wurde, nicht mehr zum Thema äussern – dies sei mit Martullo so abgesprochen.

LINKER FILZ. Doch Gadiant ist in der SVP alles andere als ein schwarzes Schaf – er politisiert exakt auf der Linie der Stadtzürcher SVP, die bei Genossenschaftlichen linken Filz wittert. Und auf jener der nationalen Partei: In der anstehenden Wintersession debattiert der Nationalrat, ob der Bund 1400 Millionen Franken als Bürgschaft bereitstellen



Umstritten. Die Gemeinde Küsnacht soll ein Mitspracherecht bei der Vermietung gewisser Genossenschaftswohnungen erhalten. Foto Keystone

soll, damit gemeinnützige Wohnbauträger günstigere Kredite aufnehmen können. Effektive Ausgaben entstehen bei dieser Art der Wohnbauförderung nur, wenn eine Genossenschaft zahlungsunfähig wird – was bisher nie geschehen ist.

In der vorberatenden Kommission setzten sich Linke, CVP und Teile der FDP mit dem Argument durch, der gemeinnützige Wohnungsbau werde immer wichtiger: zwar nicht in traditionellen städtischen Genossenschafts-Quartieren wie Zürich-Schwamendingen oder Breite-Lehenmatt in Basel. Aber, so schreibt der Bundesrat in seiner Botschaft, in «attraktiv gelegenen Gemeinden in Pendlerdistanz zu den gut bezahlten Arbeitsplätzen im Dienstleistungssektor», wo man mit Genossenschaften «für Normalverdienende eine Marktlücke schliessen» müsse. Sämtliche SVP-Vertreter und die Mehrheit der Freisinnigen hingegen wollen dieses Förderinstrument abschaffen: Die Bauwirtschaft funktioniere gut, der Staat müsse nicht intervenieren.

«Unsere Nationalräte leben nicht hier und kennen die Problematik zu wenig», sagt Martullo.

Auch er ist gegen die schweizweite Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus – «aber in unserer Gegend geht es nicht anders.»

DECKMANTEL. Einer der wenigen, der auch an der Goldküste die reine marktwirtschaftliche Lehre verteidigt, ist der junge Küsnachter Freisinnige Bruno Schneller. «Die Einheimischen betreiben unter dem Deckmantel des sozialen Ausgleichs Besitzstandswahrung», kritisiert er. Wenn die Vergabe der Wohnungen nicht nach reinen Marktkriterien erfolge, hätten Einheimische automatisch bessere Chancen auf günstige Wohnungen.

Tatsächlich soll die Gemeinde Küsnacht bei der Vermietung gewisser Genossenschaftswohnungen ein Mitspracherecht erhalten – und wer bereits in der Gemeinde wohnt und sich für das Dorfleben engagiert, hat vielerorts Vorrang. Dies sei staatliche Willkür mit potenziell absurden Folgen, kritisiert Schneller: «Der nichtsnutzige Sohn einer Küsnachter Familie hat also gute Chancen auf eine günstige Wohnung, dafür fehlt für den Schwamendinger Arbeitersohn, der

sich hochgearbeitet hat, das Bauland.»

Dem Argument der «guten sozialen Durchmischung» kann Schneller nichts abgewinnen: «Komischerweise ist nie die Rede davon, dass man in Schwamendingen um jeden Preis Reiche ansiedeln muss.» Doch diese grösseren Zusammenhänge wollten die meisten bürgerlichen Gemeindepolitiker nicht sehen: «Sie haben Angst, dass sie sonst nicht wiedergewählt würden.»

Im Abstimmungskampf gegen das Projekt für neue Genossenschaftswohnungen spannt Schneller mit dem SVP-Politiker Hans-Peter Amrein zusammen – obwohl dieser völlig anders argumentiert: «Ein Buezer kann sich doch keine Genossenschaftswohnung für 2600 Franken leisten!» Die Gemeinde müsse die Mieten über einen tieferen Bauerechtszins oder ein Darlehen stärker vergünstigen. Zudem gehöre das «Luxusprojekt» abgespeckt.

MIT SEESICHT. Argumente, die verfangen könnten: In Stäfa ist eine SP-Initiative vom Volk abgelehnt worden, nachdem die SVP diese mit dem Argument be-

kämpfte, nur wenige könnten von den geplanten allzu attraktiven Genossenschaftswohnungen mit Seesicht profitieren. In Meilen versucht die Gemeinde deshalb, gut gelegene Landstücke gegen unattraktive zu tauschen, um dort gemeinnützigen Wohnungsbau zu betreiben.

WERTVERLUST. Am lautesten mischen sich in Küsnacht die betroffenen Anwohner in den Abstimmungskampf ein. Sie wollen vor der Haustür weiterhin auf eine freie Wiese treten und fürchten eine Wertminderung ihrer Häuser. Für den Fall einer Abstimmungsniederlage drohen sie bereits jetzt den Rechtsweg an.

Hinter vorgehaltener Hand ist sogar von einer drohenden «Ghettoisierung» des Quartiers die Rede – auch hier geht es letztlich um eine befürchtete Wertminderung des Eigenheims wegen dem Zuzug weniger nobler Nachbarn.

«Das ist purer Egoismus», erneuert sich Gemeinderat Schlumpf. «Manchmal müssen doch einfach alle zusammenstehen.» Und staatliche Unterstützung sei ja auch nichts Neues: «Den Bauern gibt man ja auch Subventionen.»

ANZEIGE



Violine V5

Von deutschem Meister nach Guarnerius gebaut. Exklusiv bei Musik Hug. CHF 4800.–

Musik Hug

Zürich, Basel, Luzern, St. Gallen, Lausanne

Es fehlen neue Indizien

Keine neue Untersuchung gegen ehemalige UBS-Chefs Ospel und Wuffli

Die Finanzmarktaufsicht (Finma) wird nicht weiter untersuchen, ob die ehemaligen Verantwortlichen der UBS von den rechtswidrigen Geschäften der Bank in den USA wussten. Dies schreibt sie in ihrer Stellungnahme zum GPK-Bericht.

Die Geschäftsprüfungskommissionen (GPK) hatten in ihrem Bericht Forderungen an den Bundesrat, die UBS und die Finma gerichtet. Der Finma empfahlen sie, angesichts der Tragweite der Affäre vertieft abzuklären, wie viel die oberste Leitung der UBS von der Verletzung amerikanischer Vorschriften wusste. In ihrer gestern veröffentlichten Stellungnahme hält die Finma fest, sie sei eine Aufsichtsbehörde, und das Aufsichtsrecht sei für Sanktionen gegen Einzelpersonen nicht geeignet. «Die Finma kann mit ihrer Tätigkeit keine straf- oder zivilrechtlichen Klagen ersetzen, um politischen Op-

portunitäten zu folgen», schreibt die Behörde.

KEINE NEUEN INDIZIEN. Die Finma versichert, sie habe die Möglichkeiten sorgfältig abgeklärt. Dabei sei sie zum Schluss gekommen, dass keine neuen Indizien vorhanden seien, die ein Zurückkommen auf frühere aufsichtsrechtliche Untersuchungen gebieten würden. Auch würden ihr dies die zur Verfügung stehenden Instrumente nicht erlauben.

Die damals verantwortliche Eidgenössische Bankenkommission (EBK) – die heutige Finma – habe 2008 geprüft, ob der damalige UBS-Chef Peter Wuffli sowie Verwaltungsratspräsident Marcel Ospel und der Chef der Vermögensverwaltung individuell Verantwortung trügen. Gestützt auf die «greifbaren Informationen» sei die EBK zum Schluss gekommen, dass kein Anlass bestehe,

gegen diese Personen vorzugehen. Dazu bestehe auch heute kein Anlass. Es sei denn, ihr würden bislang unbekannte Beweise zugetragen – und die ehemaligen Chefs wollten ins Bankengeschäft zurückkehren.

SCHRIFTLICHE ERKLÄRUNG. Eine aufsichtsrechtliche Massnahme könne nur gegen eine Person ausgesprochen werden, die im beaufsichtigten Sektor tätig sei, erklärte Finma-Sprecher Alain Bichsel. Für den Fall, dass Ospel oder Wuffli wieder für eine Bank arbeiten wollen, formuliert die Finma gleichzeitig eine Auflage: Die ehemaligen UBS-Chefs müssten in einer schriftlichen Erklärung festhalten, dass sie nichts wussten von den rechtswidrigen Geschäften der Bank in den Vereinigten Staaten. Sollte sich herausstellen, dass dies nicht stimmt, käme es laut Finma zu einer Strafverfolgung. SDA

ANZEIGE

CONFISERIE SPRÜNGLI
Tradition seit 1856

GRITIBÄNZE: MIT BESTEN EMPFEHLUNGEN VOM SAMICHLAUS

Confiserie Sprüngli Telefon 044 224 47 11
bestell-service@spruengli.ch www.spruengli.ch

Sprüngli